

Nachrichten aus Brüssel

Pflichtmitgliedschaft zulässig

In einer aktuellen Entscheidung hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die Pflichtmitgliedschaft in einer deutschen Berufsgenossenschaft nicht im Widerspruch zum europäischen Kartellrecht steht. Die Berufsgenossenschaften sind demnach keine Unternehmen im Sinne des EG-Vertrages. Vielmehr werde eine Aufgabe rein sozialer Natur wahrgenommen, soweit die Berufsgenossenschaft „im Rahmen eines Systems tätig wird, mit dem der Grundsatz der Solidarität umgesetzt wird und staatlicher Kontrolle unterliegt“. Keine Bedenken hatte der EuGH, dass mit der Pflichtmitgliedschaft Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit verbunden sind. Schließlich geschehe dies aus zwingenden Gründen des Allgemeinwohls, im konkreten Fall der Gewährleistung des finanziellen Gleichgewichts eines Zweigs der sozialen Sicherheit. Seit 1983 hat der Europäische Gerichtshof stets auch die Pflichtmitgliedschaft in Kammern bestätigt. Die aktuelle Entscheidung zur Berufsgenossenschaft liegt auf dieser Linie.

Apotheken: Fremdbesitzverbot in Deutschland bestätigt

Im Mai hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigt, dass das deutsche Fremdbesitzverbot von Apotheken mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Zuvor hatte das saarländische Gesundheitsministerium der niederländischen Versandapotheke und Kapitalgesellschaft DocMorris erlaubt, in Saarbrücken eine Filiale mit einer angestellten Apothekerin zu betreiben. Hiergegen hatten die saarländische Apothekerkammer, der Deutsche Apothekerverband und einzelne Apotheker geklagt.

In der Urteilsbegründung heißt es, dass die Mitgliedsstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens sowie der öffentlichen Apotheken zuständig sind und ihnen bei der Bestimmung, auf welchem Niveau sie den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung gewährleisten wollen, ein Wertungsspielraum zusteht. Das Fremdbesitzverbot schränke zwar die Niederlassungsfreiheit in der EU ein, sei jedoch im Interesse des Gesundheitsschutzes und zur Gewährleistung einer sicheren und qualitativ hochwertigen

Arzneimittelversorgung der Bevölkerung gerechtfertigt und verhältnismäßig. Dabei betont der EuGH die Wichtigkeit der beruflichen Unabhängigkeit der mit der Arzneimittelversorgung betrauten Personen und sieht diese bei selbstständigen Apothekern gewährleistet. Nichtapotheker könnten hingegen mangels entsprechender Ausbildung und angestellte Apotheker aufgrund der Abhängigkeit vom Arbeitgeber nicht dieselben Garantien bieten. Im Ergebnis wirkt sich das Urteil nicht auf das Markenpartner- und Versandhandelsgeschäft von DocMorris aus. Dabei sind die Apotheker Inhaber der Apotheke und zugleich Franchise-Partner mit DocMorris-Logo.

Redaktion

BLZK-Präsident in Brüssel

Über das vorläufige Fazit der Kommission zum Konsultationsprozess „Arbeitskräfte im Gesundheitswesen“ führte Kammerpräsident Michael Schwarz ein Gespräch mit Katja Neubauer, Lead Officer Healthcare der Health Strategy and Health Systems Unit in der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission. Die Bayerische Landeszahnärztekammer hatte sich – ebenso wie die Bundeszahnärztekammer – an diesem Konsultationsprozess beteiligt. Ziel der Kommission ist es, regionale Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt für Gesundheitsberufe auszugleichen, zum Beispiel durch Verbesserung des Informationsflusses oder Nutzung der Strukturfonds zur Aus-, Fort- und Weiterbildung der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen. Neubauer kündigte eine Anhörung zum Grünbuch durch das Europäische Parlament an.

Redaktion



Katja Neubauer und Michael Schwarz

Foto: BLZK